

Staatsakt Nr. 3

Zwei Kinder (14-jähriges Mädchen, 11-jähriger Bub) werden von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde „vorsorglich“ fremdplatziert. Über Monate hinweg werden sie allein gelassen und dürfen zu bestimmten Personen keinen Kontakt aufnehmen - unter Sanktionsandrohungen bei Missachtung. Sie werden laufend manipuliert, zu Zusagen gedrängt und falsch orientiert. Die Kinder wissen nicht mehr aus und ein und suchen deshalb per SMS Hilfe und beauftragen die private Ombudsstelle Kindes- und Erwachsenenschutz in Lachen, sie zu schützen und zu vertreten. Bis zu diesem Zeitpunkt bekamen die Kinder keine Rechtsvertretung, obwohl ihnen eine solche zustand bzw. zusteht. Nachdem sich die Ombudsstelle um die Rechte der Kinder kümmern wollte, setzten Behörden und Gerichte per sofort eine eigene, behördenorientierte Rechtsanwältin für die Kinder ein. Die Ombudsstelle wurde damit faktisch ausgeschaltet, obwohl die Kinder die Ombudsstelle beauftragten und nur bei ihr Hilfe fanden.

Der Ombudsstelle wird von Gerichten und Behörden seit bald 8 Monaten der Zugang zu den Kindern rechtswidrig verwehrt. In der Zwischenzeit haben verschiedene Angestellte des Heimes mitgeteilt, dass die Kinder im Heim einem Regime des Terrors ausgesetzt waren bzw. sind. Der Satz; „Wenn du nicht spurst, dann ...“ ist den Kindern bereits auf die Haut gebrannt (Die Kinder sind bereits traumatisiert.). Zudem wurden die Kinder offenbar dazu gedrängt, den Auftrag an die Ombudsstelle zu widerrufen.

Das Pikante daran ist: Über 240 Tage lang drückt sich das angerufene Gericht um einen definitiven Entscheid, wenn es um das Wohl und die Grundrechte von Kindern geht. Das gleiche Gericht entscheidet aber innerhalb von 54 Tagen, wenn es um die Verjährung von ein paar Franken Steuereinnahmen geht. Im Klartext heisst das: Offensichtlich sind mögliche entgangene Steuereinnahmen viel wichtiger und dringlicher als Hilfeschreie von Kindern. Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit sehen anders aus! Und verborgen bleiben all die Schmerzen, die die Kinder täglich weinen.

26. September 2018

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, Lachen